

# SENIOREN UNION *report*



**EIN INFORMATIONSDIENST DER SENIOREN-UNION DER CDU NORDRHEIN-WESTFALEN**

## **Für 6,40 Euro an die Küste und zurück** *Senioren-Union diskutiert die Verkehrsstrukturen in NRW*



*Der Landesvorstand der Senioren-Union NRW diskutierte auf Vorschlag des Landesvorsitzenden, Helge Benda, mit dem Verkehrsexperten Frank Heidenreich die Entwicklung der Verkehrspolitik im Land Nordrhein-Westfalen.*

Mit dem Thema „Entwicklung der Verkehrspolitik“ hat Landesvorsitzender

Helge Benda offensichtlich goldrichtig gelegen, denn eine angeregte Diskussion

folgte im Landesvorstand den Ausführungen von Frank Heidenreich, CDU-



Frank Heidenreich: Senioren-Union diskutiert die Verkehrsstrukturen in NRW

Seite 1 ►



Elke Rühl mit Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet

Seite 2 ►



Dr. Holger Ludwig: „Reduktion der Dienstleistungsangebote im ländlichen Raum ist Altersdiskriminierung“

Seite 5 ►

Fraktionsvorsitzender in der Verbandsversammlung Rhein-Ruhr (VRR) und Vorsitzender des Strukturausschusses des Regionalverbandes Ruhr (RVR).

Der Verkehrsexperte berichtete über die Zuständigkeiten und Zusammenarbeit in der Entwicklung der Verkehrspolitik. Dabei betonte er, dass die Zusammenarbeit zwischen der CDU und den Grünen gut sei. Der Verkehrsverbund sei zuständig für die Infrastruktur im kommunalen ÖPNV. Allerdings entscheide der Verkehrsverbund nicht, wer in den Städten fahre. Diese Entscheidung läge bei den Städten, die die Auftragsvergaben vornehmen. Die Städte müssten auch die Finanzierungen für den ÖPNV sicherstellen.

Auf die Nachfrage aus dem Landesvorstand, dass es im ländlichen Raum Regionen gäbe, in denen nur stündlich ein Bus fahre und am Wochenende der ÖPNV vollständig ruhe, sagte Frank Heidenreich, dass ein Arbeitskreis für den ländlichen Raum existiere. Insgesamt käme es auf mehr Leistung und mehr Angebote an. Dabei spiele der Preis eine untergeordnete Rolle. Auf die Frage, ob der Einsatz von Bürgerbussen helfen könne, prognostizierte der Verkehrsexperte, dass in 20 Jahren im ländlichen Raum kein Bus mehr fahren werde. Das autonome Fahren werde immer mehr praktiziert. In den Städten würden weiterhin Busse fahren.

Der Schilderung, dass Preise häufig über Stadt- und Kreisgrenzen nicht abgestimmt seien und man vom Aachener Raum quer durch Belgien bis zur Küste und zurück für 6,40 Euro komme, stellte Frank Heidenreich das Verhalten der Räte in Städten und Gemeinden entgegen: „Bei denen liegt die Verantwortung, weil sie die Preise bestimmen.“ Zur Frage nach einem kostenlosen ÖPNV sagte der Referent, man müsse sich mit allen Themen beschäftigen. Am Ende zähle nur die erreichbare Qualität. Beim kostenlosen ÖPNV würde argumentiert, die Transportmittel wären zu voll, keiner könne mehr einsteigen. Im Moment sei man bei Tarifeinnahmen von 1,4 Mrd. Euro angekommen. Aus Kreisen der Zuhörer gab es noch die Anregung, dass man mit Blickrichtung auf die jungen Leute nicht mehr von einem NRW-Ticket ausgehen solle, sondern man spreche von Europa und ganz sicher von den Benelux-Staaten.

## Elke Rühl mit Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet



Der Bundespräsident hat auf Vorschlag des NRW-Ministerpräsidenten Armin Laschet das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, kurz Bundesverdienstkreuz an Elke Rühl verliehen. Sie ist Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand der Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen.

Diese hohe Auszeichnung wurde ihr im feierlichen Rahmen im Beisein von Familie, Freunden und Wegbegleitern im Ratssaal der Stadt Remscheid durch Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz überreicht. „Ich fühle mich unheimlich geehrt und habe damit überhaupt nicht gerechnet“, sagte Rühl. Gewürdigt wird mit dem Bundesverdienstkreuz ihr langjähriges, ehrenamtliches Engagement.

Das reicht bis zu 45 Jahre zurück. Angefangen habe alles damit, dass sie in den Elternrat des Kindergartens ihres Sohnes gewählt wurde. Darauf folgte der zweite Vorsitz im Lennep-Schwimmverein, als ihre Tochter dort begann. Lange Jahre widmete sie sich der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft. Auch das THW, der Städtepartnerschaftsverein Remscheid-Quimper, das Sana-Klinikum, die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und der Verein Möhrchen zählen zu ihren Engagements. „Ich habe viel für die Politik bei der Vereinsarbeit gelernt“, sagt Rühl, die seit 1993 Mitglied der CDU ist. Von 1997 bis 2014 war sie Ratsmitglied. Als stellvertretende Bezirksbürgermeisterin von Remscheid-Süd kümmert sich Rühl um die Belange der Bewohner. Den Job wolle sie auch noch nicht aufgeben, betonte sie. Zudem war sie Landtagsabgeordnete, gehörte dem Bauausschuss sowie dem Frauenausschuss an.

Ein besonderes Anliegen ist ihr vor allem aber die Arbeit für die Senioren. Seit 2008 ist sie Mitglied der Senioren-Union, hat als Vorsitzende des Seniorenbeirates viel erreicht. Ihr sei es zu verdanken, dass in der Stadt niemand mehr Politik vorbei am Seniorenbeirat mache, lobte der OB. Mit der Eröffnung des Seniorenbüros 2017 wurde eine Anlaufstelle für Ältere geschaffen. Gemeinsam arbeite man an Lösungen, damit es auch nach 2020 weitergehe, versichert Rühl. Sie sei hartnäckig und ausdauernd, hebt Monika Hein vom Seniorenbeirat hervor. Sie sei nicht nur mit Verstand, sondern auch mit Herz engagiert, ergänzt der Landesvorsitzende der Senioren-Union NRW, Helge Benda. Sie sei Ansporn für alle. „Hinter einer sehr starken Frau steht ein Mann, der das Ganze unterstützt“, richtet der OB seinen Dank auch an den Mann von Elke Rühl, Hans-Jürgen Rühl.

# Karl-Josef Laumann: „Für Pflege braucht man Familie, Nachbarschaft und Profis“



*Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW, Karl-Josef Laumann, wurde auf dem Seniorentag der Senioren-Union des Bezirksverbandes Aachen in Stolberg vom Vorsitzenden Herbert Geller und zahlreichen Mitgliedern begrüßt.*

Das Thema beim Bezirksseniorentag der Senioren-Union des Bezirksverbandes Aachen in Stolberg wird immer aktueller: „Gesundheit und Pflege der 70+ Generation in NRW“. Der Referent, den der Bezirksvorsitzende Herbert Geller dazu begrüßen konnte, ist kompetent und durchsetzungsstark: Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Dass dieses Thema nicht nur der älteren Generation unter den Nägeln brennt, machte Ludwig Hahn, SU-Vorsitzender aus Stolberg, bei seiner Begrüßung anhand einer Zahl deutlich: 344 Apotheken haben in einem Jahr geschlossen. Er forderte die Senioren-Union auf, die Forderung kritisch zu begleiten, im Krankenhauswesen dringende Änderungen herbeizuführen.

Minister Karl-Josef Laumann stellte zu Beginn die Frage, ob unsere Gesellschaft

die demografische Entwicklung aushalte. Es seien die geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt ins Rentenalter gingen. Darunter seien extrem viele gut ausgebildete Fachkräfte. Die gesetzlichen Kassen verfügten über eine Rücklage von 21 Mrd. Euro, die Rentenkasse von 38 Mrd. Euro und die Arbeitslosenversicherung von 24 Mrd. Euro. Die Pflegekasse habe dagegen kein Geld, sagte der Minister.

Pflegestationen und Altenheime hätten das Problem, Leute zu finden, die die Arbeit machten. In vielen Krankenhäusern würden Stationen geschlossen. Besonders in ländlichen Regionen herrsche häufig Mangel. „Wir haben ein Fachkräfteproblem im Gesundheitsbereich“, folgerte Karl-Josef Laumann. Dabei arbeiteten immer mehr Ärzte und Ärztinnen in Teilzeit. Folge: „Man braucht immer mehr Köpfe,

um auf die Arbeitszeiten zu kommen.“

In NRW seien 200.000 Menschen in der Pflege. Die Zahl der Pflegebedürftigen steige jährlich um zwei bis drei Prozent. Um den steigenden Bedarf auszugleichen, würden 3.000 bis 4.000 zusätzliche Krankenschwestern benötigt. 14.000 Kräfte seien jährlich in der Ausbildung, 8.000 seien im vergangenen Jahr aus dem Ausland hierhergekommen. Viele Ausländer arbeiteten dabei in Familien.

Dieses große Arbeitsplatzproblem herrsche aber nicht nur im Gesundheitsbereich. In vielen anderen Arbeitsbereichen, wie zum Beispiel der Landwirtschaft, herrsche Arbeitskräftemangel.

„Wir werden eine gewisse Zuwanderung bei uns brauchen. Man kann nicht AfD

wählen und glauben, man braucht keine osteuropäischen Arbeitskräfte. Das passt nicht zusammen“, sagte Minister Laumann und erhielt dafür lang anhaltenden Beifall der mehr als 200 Zuhörer.

Karl-Josef Laumann zeigte ein weiteres Problem auf: „Jetzt gehen qualifizierte Facharbeiter in den Ruhestand, heutzutage machen 60 Prozent der Schüler Abitur. Das heißt, wir werden das Problem nicht nur bei Krankenschwestern, sondern auch bei Facharbeitern haben.“

Die Landesregierung unternehme massive Anstrengungen, um die Situation im Gesundheitsbereich zu verbessern. So sei das Schulgeld für Gesundheitsberufe von der SPD nicht abgeschafft worden. Die Landesregierung nehme jetzt Geld in die Hand, um das Schulgeld im Gesundheitsbereich weitestgehend abzuschaffen. In der Pflege erhielten die Auszubildenden bereits im 1. Lehrjahr eine Vergütung von 1.000 Euro, was die zweithöchste Ausbildungsvergütung in NRW bedeute. Heute seien doppelt so

viele Personen in der Pflegeausbildung als vor zehn Jahren. Er forderte von den Krankenhäusern mehr Engagement bei der Ausbildung. „Wir planen mit der Krankenhausgesellschaft eine Abmachung, dass jeder, der eine Pflegestelle will, eine Stellengarantie erhält.“ Von drei Krankenschwestern, die in Rumänien ausgebildet worden seien, seien zwei in Westeuropa tätig. Auch viele Ärzte kämen nach Westeuropa. In NRW würden jährlich etwa 2.000 Ärzte ausgebildet, für jeden Studienplatz gäbe es zehn Bewerber. Diese Ausbildungen bedeuteten für den Staat hohe Kosten. Von den ausgebildeten Ärzten gingen aber nur 200 in die Grundversorgung. Bei der hohen Anzahl der über 60jährigen rückten kaum junge Leute nach. Um die Situation zu verbessern, habe man in Bielefeld eine medizinische Fakultät gegründet, in der dauerhaft jährlich etwa 300 Ärzte ausgebildet würden mit dem Schwerpunkt Allgemeinmedizin. Ärzte, die aus dem Krankenhausdienst ausscheiden und in die Praxis gehen, sollten 9.000 Euro als Anreiz erhalten

statt 5.800 um Allgemeinmedizin-Facharzt zu werden.

Für die Pflege alter Menschen brauche man „Familie, Nachbarschaft und Profis. Das, was ein Mensch an Gesprächen und Liebe braucht, kann nicht durch Geld gegeben werden. Geld pflegt nicht.“ Für Kinderbetreuung würden Milliarden ausgegeben, weil es viele erwerbstätige Frauen gebe. „Wir brauchen das, was wir für kleine Kinder haben, auch für die alten Leute.“ Karl-Josef Laumann appellierte an die Verantwortung der Familien für ihre alten Angehörigen. „Wir brauchen gut situierte ländliche Räume. Wir brauchen auch Menschen, die für diese Strukturen stehen.“ Der Minister fordert die Senioren-Union auf, sich kommunalpolitisch einzumischen „und dafür zu sorgen, dass es unterschiedliche Modelle gibt, dass das Angebot bunt ist und von verlässlichen Menschen organisiert wird“. In der Altenpolitik sollten Mittel auf Menschen konzentriert werden, die alleine sind. Es müssen Stellen finanziert werden, die sich damit beschäftigen.

## Vorstandssitzung Bezirk Münsterland



Zu einer Sitzung trafen sich die Vorstandsmitglieder des Bezirks Münsterland in Münster, der ehemaligen westfälischen Provinzialhauptstadt. Bürgermeisterin Karin Reismann informierte in einem bunten Überblick über die Geschichte Münsters als Friedensstadt und schlug den Bogen zur Gegenwart Münsters als Stadt der Wissenschaft und Lebensart, zu der die "Leeze", das flexible innerstädtische Verkehrsmittel mit zwei Rädern, unbedingt dazu gehört.

In der anschließenden lebhaften Diskussion standen Fragen zur Verkehrsinfrastruktur und dem Wohnungsmarkt im Vordergrund.

Die Vorstandsmitglieder aus den Münsterlandkreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf formulierten Erwartungen an das Oberzentrum Münster und erörterten auch die Bedeutung des Umlandes für Münster.

## IMPRESSUM

### HERAUSGEBER

Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen

Landesvorsitzender Helge Benda

### REDAKTION

Heinz Soth (V.i.S.d.P.)

Mechthild Solberg, Rainer Mohrmann

Fotos: Senioren-Union NRW

### ANSCHRIFT

Wasserstraße 6 | 40213 Düsseldorf

Tel. 02 11 . 1 36 00-22 | Fax 02 11 . 1 36 00-54

senioren@senioren-union-nrw.de

www.senioren-union-nrw.de

### GESAMTAUFLAGE

33.000 Exemplare

# „Reduktion der Dienstleistungsangebote im ländlichen Raum ist Altersdiskriminierung“

Zum Thema „Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum“ hätte Peter Fröhlingsdorf, Bezirksvorsitzender der Senioren-Union (SU) in Ostwestfalen-Lippe, kaum einen treffenderen Referenten als Dr. Holger Ludwig, SU-Landesvorsitzender aus Rheinland-Pfalz mit langjähriger Hausarzt-Erfahrung, zur Bezirksversammlung nach Hövelhof einladen können. Peter Fröhlingsdorf betonte bei der Begrüßung der zahlreichen Gäste, dass gerade der ländlichen Raum Veränderungen ertragen müsse, die sich extrem negativ auswirkten: Banken und Sparkassen schließen, Supermärkte ziehen in die nächsten Zentren, alte Gaststätten schließen wie

Pfalz seien häufig diese Strukturschwächen zu verzeichnen, was offensichtlich von der SPD so hingenommen werde. Er zitierte die SPD-Ministerpräsidentin Dreyer mit der Aussage, es sei den Bürgern zuzumuten, 80 bis 100 Kilometer ins nächste Zentrum zu fahren.

Der Mediziner beschrieb die Situation im ländlichen Raum als schlechter werdend. Die Anzahl der Ärzte über 60 Jahren sei deutlich angestiegen, immer mehr Praxen seien in der Stadt angesiedelt, so dass auch von einer besseren Qualität der Versorgung ausgegangen werden könne. Als Konsequenz

die Gesundheitsausbildung schon im Kindergarten beginnen. Er forderte die Senioren-Union auf, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, die medizinische Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen. Dabei müssten die Kommunen in die Versorgungsstruktur einbezogen werden. Nicht der Patient habe zu den Ärzten zu kommen, sondern die medizinische Versorgung solle vor Ort gesichert werden. Dr. Holger Ludwig wiederholte eine Forderung der Senioren-Union, die für sehr gute Unterstützung sorgen könnte: Festangestellte Gemeindeschwestern sollten einen festen Arbeitsplatz in den Orten erhalten. In Gemeindehäusern könnten Räume eingerichtet werden, in denen Sprechstunden stattfinden. Außerdem seien Kampagnen mit Landfrauen möglich, um Aufklärungsarbeit im Gesundheitsbereich sicherzustellen.

Die Alterseinsamkeit könne nicht nur durch Ehrenamtlichkeit aufgefangen werden. Das Ehrenamt dürfe hier nicht überstrapaziert werden. Die Reduktion der Dienstleistungsangebote im ländlichen Raum bezeichnete der Mediziner als „deutliches Indiz der Altersdiskriminierung“. In den Kommunen sollten kleine gesundheitliche Zentren installiert werden, „dann bekommen wir auch wieder Mediziner, die bereit sind, Kompetenz im ländlichen Raum zu installieren“. Wichtig sei eine Verbesserung des ÖPNV. Die Telemedizin sei nicht die Alleinlösung, aber ein Teil der Gesamtkommunikation. Es müsse ein System entstehen, in dem eine persönliche Bindung wieder eine Rolle spiele. Bei jungen Medizinerinnen müsse Leidenschaft geweckt werden.

Um die medizinische Versorgung zu verbessern, forderte Holger Ludwig die Senioren-Union auf, „den Mund aufzumachen, am besten mit der Jungen Union“. Die SU sei „viel zu lange zu ruhig gewesen. Die Wertschätzung, die die Senioren-Union bräuhete, haben wir nicht erreicht. Die SU wird nur zur Wahl gebraucht. Wir müssen uns einbringen und als Kümmerer der älteren Generation in der eigenen Partei verstehen. Wir sind nicht das Anhängsel der CDU.“ Der Referent berichtete noch von einer Aktion der SU in Rheinland-Pfalz. Dort setzt sich die Partei-Organisation für die Abschaffung der Straßenbaubeiträge ein.



**Der Mediziner Dr. Holger Ludwig bekräftigte bei der Senioren-Union Ostwestfalen-Lippe die Forderung, den ländlichen Raum mit mehr Arztpraxen zu versorgen.**

auch die Dorf-Kneipen als Kommunikationszentrum. Krankenhäuser seien oft weit entfernt, immer mehr Arztpraxen und Apotheken schließen und der Öffentliche Personennahverkehr nehme immer mehr ab.

Dr. Holger Ludwig bekräftigte die Forderung, den ländlichen Raum mit mehr Arztpraxen zu versorgen. Auch in Rheinland-

quenz forderte er, dass der Numerus Clausus für das medizinische Studium abgeschafft werden müsse. Zudem seien mehr Frauen als Männer in der medizinischen Ausbildung.

Der Referent forderte, das Ernährungsbewusstsein der Bürger deutlich neu zu orientieren. Viele Erkrankungen seien Folgen der Wohlstands-Ernährung. Deshalb sollte

**Thorsten Hoffmann im Bezirk Ruhr:**

# „Polizeibeamte sollen Spaß an ihrer Arbeit haben“



*Der Polizei-Beauftragte der Landesregierung, Thorsten Hoffmann, schilderte Polizei-Themen aus Nordrhein-Westfalen. Sein Fazit: „Polizeibeamte sollen Spaß an ihrer Arbeit haben“. Tiefe Einblicke in die NRW-Polizeiarbeit bekamen die Bezirksvorsitzende Ingeborg Schrader und die Anwesenden vermittelt.*

Spannend und klar strukturiert bekamen zahlreiche Mitglieder der Senioren-Union im Bezirk Ruhr auf Schloss Berge in Gelsenkirchen vom Polizei-Beauftragten der Landesregierung, Thorsten Hoffmann, Polizei-Themen aus Nordrhein-Westfalen geschildert. Dabei gab er zahlreiche Einblicke in die aktive Polizeiarbeit, die zum Teil auf seiner reichhaltigen Erfahrung aufbauten.

Bezirksvorsitzende Ingeborg Schrader versprach den Anwesenden einen spannenden Nachmittag mit vielen brauchbaren Eindrücken. Diesem Versprechen kam der Referent, der seit fast 40 Jahren als Polizeibeamter seinen Dienst versieht und die Stelle als Landesbeauftragter seit dem 01. März 2019 bekleidet, gerne nach. In dieser Funktion ist der erfahrene Polizeibeamte für 42.000 Polizisten und 8.000 Mitarbeiter zuständig. Seine Aufgabe sieht er breit gefächert: „Ich möchte mich um jeden in der Polizei kümmern, auch außerhalb der Vorgesetzten. Die Kollegen sollen Spaß an ihrer Arbeit haben, bis zum letzten Tag ihrer Tätigkeit.“

Dann nannte er Fakten. Im Jahr 2000 wurden in Deutschland 497 Morde registriert, 2018 waren es 386. Dem stehen die Zahlen aus Kolumbien mit 13.000 Morden und

Venezuela mit 18.000 Morden in 2015 gegenüber. Die Aufklärungsquote in Deutschland liegt zwischen 49 und 54 Prozent.

Thorsten Hoffmann berichtete, dass sich die Art der Straftaten und die Täter geändert hätten. Die Einbruchzahlen gingen seit zwei Jahren herunter, die Zahl der Sexualdelikte sei gestiegen. Das so genannte Antanzen und die Cyber-Kriminalität habe es früher nicht gegeben. Die Rocker-Kriminalität sei präsent und in der Mafia-Kriminalität hätten sich die Straftaten geändert. „Das sind heute Gentlemen“, weiß Thorsten Hoffmann, der selbst jahrelang im Untergrund ermittelt hat. Auch sei in der Zwischenzeit der Islamismus dazugekommen.

Lob zollte der Polizeibeauftragte dem Innenminister Herbert Reul. Er lege Wert auf die Zusammenarbeit der Länder. Schließlich wechselten auch die Ganoven die Ländergrenzen. Auch sei die Zusammenarbeit mit dem Zoll wichtig, für den der Finanzminister zuständig sei.

Um die Personalsituation bei der Polizei zu verbessern, würden im Moment 2.600 Kräfte pro Jahr eingestellt, früher seien es 500 gewesen. „Wir können nur weiter sicher

leben, wenn wir offen miteinander umgehen und länderübergreifend arbeiten“, fordert Hoffmann. Wenn die Bevölkerung wieder mehr Polizei auf der Straße wahrnehme, seien die Menschen beruhigter, sagte er.

Er gab den Anwesenden noch einige praktische Tipps, wie sie sich im Umgang mit verdächtigen Situationen verhalten sollten: Fenster nicht auf Kipp lassen, wenn niemand in der Nähe ist. Den Telefonhörer sofort auflegen, wenn jemand etwas verkaufen will, keine Rechnungen bezahlen, die einem verdächtig vorkommen, immer skeptisch sein, in ruhigen Wohngebieten fremde Autos fotografieren, niemals Telefonnummern zurückrufen, die man nicht kennt, die Polizei ruft nur mit unterdrückter Rufnummer an, nicht mit 110. Am Telefon mit Fremden nichts reden oder verabreden, die Polizei bei verdächtigen Anrufen sofort informieren.

Thorsten Hoffmann beendete seinen interessanten Vortrag mit einer Forderung: „Ich bin dafür, dass man ab 12 Jahren strafmündig wird, nicht erst ab 14.“ Dass das Thema genau das Interesse der Zuhörer getroffen hat, zeigten die zahlreichen Fragen, die dem Landes-Polizeibeauftragten gestellt wurden.